

URGENT ACTION

LANGE HAFT FÜR JOURNALISTIN UND GEMEINDEARBEITERIN

PHILIPPINEN

UA-Nr: UA-019/2020-2 AI-Index: ASA 35/0758/2026 Datum: 26. Februar 2026 – mr

DIE TECLOBAN 5:

FRENCHIE MAE CUMPIO

MARIEL DOMEQUIL

MARISSA CABALJAO

MIRA LEGION

ALEXANDER PHILIP ABINGUNA

Am 22. Januar wurden die Journalistin Frenchie Mae Cumpio und die Gemeindefürsprecherin Marielle Domequil wegen angeblicher Terrorismusfinanzierung zu Haftstrafen von 12 bzw. 18 Jahren verurteilt. Sie sind bereits seit dem 7. Februar 2020 inhaftiert. Zuvor hatte die Regierung ihre Büros in Tacloban durchsucht. Die beiden Frauen haben Berufung gegen ihre Verurteilung eingelegt. Ihr Antrag auf Freilassung gegen Kautionsleistung wurde am 16. Februar abgelehnt. Frenchie Mae Cumpio und Marielle Domequil gehören zusammen mit drei weiteren Personen zu den „Tacloban 5“, die bei Razzien festgenommen wurden. Der Menschenrechtsverteidiger Alexander Philip „Chakoy“ Abinguna ist ebenfalls seit 2020 inhaftiert. Sein Verfahren ist noch nicht abgeschlossen. Marissa Cabaljao und Mira Legion wurden im Jahr 2020 gegen Kautionsleistung freigelassen. Amnesty International fordert die philippinischen Behörden auf, Alexander Philip „Chakoy“ Abinguna, Frenchie Mae Cumpio und Marielle Domequil unverzüglich und bedingungslos freizulassen und die Verfolgung der „Tacloban 5“ sofort zu beenden.

Die Journalistin Frenchie Mae Cumpio, die Gemeindefürsprecherin Marielle Domequil und der Menschenrechtsverteidiger Alexander Philip „Chakoy“ Abinguna sind immer noch willkürlich inhaftiert. Alexander Philip „Chakoy“ Abinguna, Frenchie Mae Cumpio und Marielle Domequil gehören zu den sogenannten „Tacloban 5“, die im Februar 2020 bei mutmaßlich rechtswidrigen Razzien in ihren Büros in Tacloban festgenommen wurden und sich seitdem in Haft befinden. Am 22. Januar 2026 wurden Frenchie Mae Cumpio und Marielle Domequil wegen angeblicher Terrorismusfinanzierung zu Haftstrafen von 12 bzw. 18 Jahren verurteilt. Vom Vorwurf des illegalen Besitzes von Schusswaffen und Sprengstoff wurden sie freigesprochen. Die beiden Frauen beantragten bis zum Ausgang ihres Berufungsverfahrens die Freilassung gegen Kautionsleistung. Dies wurde jedoch am 16. Februar abgelehnt. In dem Verfahren gegen Alexander Philip „Chakoy“ Abinguna wegen illegalen Besitzes von Schusswaffen und Sprengstoff gibt es keine nennenswerten Fortschritte.

Sechs Jahre willkürliche Inhaftierung sind ein Hohn auf die Gerechtigkeit. Die „Tacloban 5“ hätten gar nicht erst inhaftiert werden dürfen. Bei den Polizeirazzien im Jahr 2020, die zu ihrer Festnahme führten, soll es zu Unregelmäßigkeiten gekommen sein, u. a. waren bei der Durchsuchung ihrer Zimmer keine Zeug*innen anwesend und Beweise wie Schusswaffen und Sprengstoff sollen dort platziert worden sein. Soweit bekannt, hat es keine wirksamen Untersuchungen zu diesen Vorwürfen gegeben.

Darüber hinaus erklärte das philippinische Berufungsgericht im November 2025 das Verfahren gegen Frenchie Mae Cumpio und Marielle Domequil für nichtig, da es keine ausreichenden Beweise dafür gebe, dass sie Mitglieder der bewaffneten Gruppe New People's Army seien, wie die Polizei im Rahmen ihrer Praxis der Diffamierung von Journalist*innen und Aktivist*innen (Red-Tagging) behauptet hatte. Das Gericht bezeichnete den Fall sogar als eine „voreilige Bezeichnung von Menschenrechtsverteidiger*innen als Terrorist*innen“.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Gemeindefürsprecherin Frenchie Mae Cumpio; Mariel Domequil von den Landmissionaren der Philippinen; die Sprecherin des *People Surge Network* Marissa Cabaljao; Mira Legion, Mitglied der *Bagong Alyansang Makabayan* (Neue Patriotische Allianz) im Osten der Inselgruppe Visayas und Alexander Philip Abinguna, Nationalratsmitglied

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221C . 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO: SozialBank AG . IBAN: DE 233 702050 0000 8090100 .

BIC: BFSWDE33XXX .

AMNESTY
INTERNATIONAL



für die Menschenrechtsorganisation *Karapatan*. wurden bei zeitgleichen Durchsuchungen am 7. Februar 2020 in Tacloban festgenommen.

Berichten zufolge richtete das Durchsuchungsteam seine Schusswaffen auf die fünf Personen, bevor es sie aufforderte, ihre Zimmer zu verlassen, um dann die Durchsuchung ohne Zeug*innen durchzuführen. Die fünf gaben an, dass das Durchsuchungsteam Beweise platziert habe, darunter Schusswaffen und Sprengstoff, die angeblich auf ihren Betten gefunden wurden – eine Praxis der Sicherheitskräfte, die auf den Philippinen weithin dokumentiert ist, um Aktivist*innen aufgrund von nicht angefertigten Anschuldigungen festzunehmen und ihre Aktivitäten zu behindern.

Seit 2016, erst unter dem ehemaligen Präsidenten Rodrigo Duterte und heute unter der Regierung von Präsident Ferdinand Marcos Jr., sind Menschenrechtsverteidiger*innen und politische Aktivist*innen immer wieder Schikanen, Drohungen und Angriffen ausgesetzt, einschließlich rechtswidriger Tötungen. Viele dieser Menschenrechtsverteidiger*innen und Aktivist*innen gehören Organisationen an, die von der Regierung oder unbekannt Personen im Zuge des „Red-Tagging“ beschuldigt wurden, eine Tarnung für kommunistische Gruppen zu sein, eine Anschuldigung, die sie wiederholt zurückgewiesen haben. In der sich verschlechternden Menschenrechtsbilanz der Philippinen wurde am 4. Juni 2020 der Bericht des UN-Menschenrechtsrats vorgestellt. Darin hieß es, dass „Menschenrechtsverteidiger*innen seit fast 20 Jahren verbale und tätliche Angriffe erleiden, bedroht und strafrechtlich verfolgt werden“. Es wird auch die Praxis des „Red-Tagging“ darin erwähnt, die „eine ernste Bedrohung der Zivilgesellschaft und der Meinungsfreiheit darstellt“.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie höflich auf, die Strafverfolgung der „Tacloban 5“ durch die sofortige Einstellung der Anklagen gegen sie zu beenden und sicherzustellen, dass Alexander Philipp Abinguna, Frenchie Mae Cumpio und Mariel Domiquil sofort und bedingungslos freigelassen werden.
- Bitte beenden Sie die gefährliche und bisweilen tödliche Praxis des „Red-Tagging“ (Diffamierung als Terrorist*innen/Kommunist*innen) und sorgen Sie für ein sicheres und förderliches Umfeld für Journalist*innen, Aktivist*innen, humanitäre Helfer*innen und Menschenrechtsaktivist*innen, damit sie ihrer wichtigen Arbeit ohne Angst vor Belästigung, Einschüchterungen und Kriminalisierung nachgehen können.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN PRÄSIDENT

Ferdinand Marcos Jr.
President, Republic of the Philippines
Malacañang Palace, JP Laurel Street
Manila, PHILIPPINEN
(Anrede: Dear Mr. President / Sehr geehrter Herr Präsident)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT DER REPUBLIK PHILIPPINEN

I.E. Frau Irene Susan Natividad
Luisenstr. 16, 10117 Berlin

Fax: 030-873 2551

E-Mail: info@philippine-embassy.de;
berlin.pe@dfa.gov.ph

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Wenn Sie sich erst später einsetzen können, bitten wir Sie, nach dem **26. August 2026** keine Appelle mehr zu verschicken.

Weitere Informationen zu **UA-019/2020** (ASA 35/1810/2020, 18. Februar 2020; ASA 35/2618/2020, 29. Juni 2020).

PLEASE WRITE IMMEDIATELY

- I therefore urge you, as the President of the Philippines, and your government to: End the persecution of the “Tacloban 5” by immediately dropping the charges against the Tacloban 5 and ensuring that Abinguna, Cumpio and Domequil are immediately and unconditionally released.
- Please end the dangerous and at times deadly practice of “red-tagging” and ensure a safe and enabling environment for journalists, activists, and humanitarian and human rights workers to carry out their important work without fear of harassment, intimidation and criminalization.

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



HINTERGRUNDINFORMATIONEN – FORTSETZUNG

Trotz wiederholter Aufforderungen von UN-Mitgliedstaaten im Rahmen einer Überprüfung der philippinischen Menschenrechtslage im November 2022, diese Praxis zu beenden, wurde das „Red-Tagging“ auch unter der Marcos-Regierung fortgesetzt. In verschiedenen Schulforen, an denen Angehörige der Sicherheitskräfte teilnahmen, wurden die Schüler*innen beispielsweise davor gewarnt, sich Jugendorganisationen anzuschließen, die von den Sicherheitskräften beschuldigt wurden, „Frontorganisationen“ der Kommunistischen Partei der Philippinen und ihres bewaffneten Flügels, der Neuen Volksarmee, zu sein. Auch andere Zielgruppen und Einzelpersonen – darunter Journalist*innen, Mitarbeiter*innen in der Entwicklungszusammenarbeit, Anwält*innen, Aktivist*innen und indigene Völker – wurden weiterhin auf der Grundlage des Antiterrorgesetzes und des Gesetzes zur Verhinderung und Unterdrückung der Terrorismusfinanzierung (Terrorism Financing Prevention and Suppression Act) mit „Red-Tagging“ versehen oder strafrechtlich verfolgt.

